

Stettiner Zeitung.

Nr. 289.

Sonnabend, 9. Dezember

1871.

Deutschland.

* Berlin, 7. Dezember. Militär-Etat und beschleunigter Sessionschluss sind noch immer die Stichworte, welche für einige Blätter den Stoff für das Haupthema des Tages bilden. Auch die gestrige „Prov.-Corr.“ ist auf das nämliche Thema eingetreten, indem sie in ihrem Leitartikel eine Übersicht giebt über die das Reichsheer betreffenden Entscheidungen des Reichstages; daran schließen sich Mittheilungen des Grafen von Roon und die für das Reichsheer festgesetzten Ausgaben und Erörterungen über die politische Seite der Militärfrage. — Der Graf Braisier de St. Simon, Gesandter des deutschen Reiches in Rom, hat bereits im Sommer gelegentlich eines Besuches in Ems den Kaiser gebeten, ihn wegen seines vorgerückten Alters abzuberufen. Wie man hört, wird diesem Gesuch nunmehr Folge gegeben werden, und ist wahrscheinlich der derzeitige Gesandte in Haag, Graf Peyerisher, bestimmt, zukünftig das deutsche Reich beim König von Italien zu vertreten, wenn nicht der Geschäftsträger von Radewitz in Konstantinopel diesen Posten erhalten wird. — Wenn gleich in dieser ganzen Woche keine Sitzungen der preußischen Landesvertretung stattgefunden haben, so hat sich doch der Wunsch, den Staatshaushaltsetat noch vor Ablauf des Jahres festzustellen, allseitig Bahn gebrochen; die Erfüllung dieses Wunsches ist aber um so mehr zu hoffen, als es sich gerade diesmal um die Erhöhung der Beamtengehälter handelt, die doch bereits von Neujahr ab eintreten soll. Unter den übrigen Vorlagen hat sich die Kreisordnung in den Vordergrund der Polexit gestellt, welcher heute zwei der hervorragendsten national-liberalen Organe, „National-Ztg.“ und „Magdeburg-Ztg.“, ihre Spalten öffnen; beide Blätter befürworten die Reform der Kreisordnung; wesentlich unterschieden aber sind beide dadurch, daß erstere die Schuld des Scheiterns der Kreisordnung dem Minister des Innern, letztere aber richtig den idealen Gesichtspunkten der liberalen Fraktionen früherer Sessions zuschreibt. — Betreffs etwaiger Steuererleichterungen bestätigt es sich, daß dieselben zunächst die Klassesteuer betreffen sollen, deren unterste Klassen vielleicht schon zum 1. Juli 1872 ganz werden aufgehoben werden. — Der Provinzial-Landtag für Schleswig-Holstein wird zur Beratung einiger dringender Erledigung bedürfenden Gesetze noch in diesem Monate zusammentreten. — Der Bundesrat hält jetzt fast täglich Sitzungen zur Beratung einiger vom Reichstag noch nicht erledigten Fragen. — Das Oberpräsidium von Hessen-Nassau wird in diesen Tagen besetzt werden.

Berlin, 7. Dezember. Zur Ausführung des Gesetzes über die Reichsgoldmünzen haben sich die Ausschüsse des Bundesrates für Handel, Verkehrs- und Rechnungswesen über eine Reihe von Anträgen an den Bundesrat verständigt. Zunächst werden Münzstätten errichtet in Berlin, Hannover, Frankfurt a. M., Straßburg, München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe und wahrscheinlich auch in Darmstadt. Das Münzzeichen auf dem Avers der Goldmünze besteht in einem Buchstaben, dessen Wahl sich nach der durch die Verfassung geordneten Reihenfolge der Städte richtet, denen die Münzstätte angehört (also für Berlin A, für Hannover B u. s. f.). Die Münzen sind im Ringe mit einem glatten Rande zu prägen, welcher bei dem Zwanzig-Markstück die vertiefte Inschrift „Gott mit uns“ nebst einer zwischen je zwei Worten der Inschrift stehenden vertieften Arabeske führt und bei den Zehn-Markstücken eine vertiefte bandartige Verzierung trägt. Der erhabene Rand soll auf Avers und Revers völlig gleich sein.

Zur Sicherung der möglichen Gleichförmigkeit des Gepräges der aus den verschiedenen Münzstätten hervorgehenden Reichsgoldmünzen sind die Urmatrizen für die Reversseite sowohl der Zwanzig- als der Zehn-Markstück in der Münzstätte zu Berlin anzufertigen und mittels derselben hergestellte Matrizen allen übrigen mit der Ausmünzung von Reichsgoldmünzen betrauten Münzstätten zuzustellen. Dagegen wird die Ausprägung der Aversseite, für welche bekanntlich das Münzregal der Einzelstaaten gewahrt geblieben, den verschiedenen Münzstätten überlassen. Vorerst sollen 100,000 Pfund fein Gold ausgeprägt und nach Maßgabe der von den Regierungen an das Reichskanzleramt gelangten Erklärungen auf die einzelnen Münzstätten verteilt werden und zwar zu $\frac{9}{10}$ in Zwanzig- und zu $\frac{1}{10}$ in Zehn-Markstücken. Die Ablieferung bzw. Verrechnung der ausgeprägten Stücke soll nach Maßgabe des Fortganges der Prägung erfolgen. Weitere Ausführungsbestimmungen betreffen die Vergütungskosten seitens der Reichskasse an die Münzstätten, das Prüfungsverfahren über den Beigehalt, welches nach dem Wiener Münzvertrag von 1857 erfolgt. Jede Münzstätte hat alljährlich an das Reichskanzleramt über die bei ihr erfolgten Goldausprägungen und was damit zusammenhängt, einen ganz speziellen amtlichen Bericht einzugeben.

Die gesetzliche Beaufsichtigung von Seiten des Reichs erfolgt durch Kommissäre, welche der Reichskanzler ernannt. Dieselben sind gehalten, durch örtliche Revisionen in den einzelnen Münzstätten sich über die Ausführung aller auf das gesamte Verfahren bei der Ausprägung der Goldmünzen bezüglichen Vorschriften Kenntnis zu verschaffen. Sie sind befugt, von allen über die Ausführung geführten Registern und Journalen Einsicht zu nehmen, den Beigehalt und das Gewicht der zur Zeit der Revision im Betriebe befindlichen Goldbestände und der neu geprägten Reichsgoldmünzen selbst zu prüfen. Die Wahl der Münzstätten erfolgte übrigens, nachdem seitens der Einzelstaaten eine bezügliche Erklärung darüber, sowie über die Anzahl der Münzen, welche allmonatlich von denselben ausgeprägt werden können, eingegangen war.

Nach der „Prov.-Corr.“ soll der Plan der Regierung in Bezug auf die Steuererleichterung dahin gehen, die Steuersätze aller Stufen zu ermäßigen, dagegen die Zahl der Stufen zu vermehren, theils durch Schaffung von Zwischenstufen, theils durch Bildung von weiteren Stufen der Staatseinkommensteuer über die im Gesetze vom 1. Mai 1851 angenommene höchste Jahressumme von 240,000 Thlr. hinaus. Außerdem soll die Ermittelung des steuerpflichtigen Einkommens auf andere Weise, wie bisher, bewerkstelligt werden können.

Das „Kiel-Corrb.“ schreibt: Ueber die in Dienst zu stellenden Schiffe können wir mittheilen, daß die Fertigstellung der beiden Korvetten „Elisabeth“ und „Augusta“ noch in der ersten Hälfte dieses Monats erfolgen wird, die Fertigstellung der Panzerfregatte „Friedrich Carl“ jedoch, wegen der bedeutenden Reparaturen an der Maschine, erst im Februar f. J. dürfte bevoerstelligt werden können. Die in Wilhelmshaven in Ausrüstung begriffenen Panzerfregatte „Kronprinz“ wird, wie die oben genannten beiden Korvetten, noch in diesem Monat zur Indienststellung fertig sein. Behufs Bemannung dieser Schiffe ist bereits die Ordre zur Einziehung von Reservemannschaften ergangen. Letztere sollen im Laufe der nächsten Woche hier eintreffen und vorläufig, bis die Indienststellungen erfolgen können, auf der Fregatte „Geston“ laufen. Die genannten Schiffe sollen, wie gerüchteweise bereits vor einigen Tagen mitgetheilt, demnächst unter dem Oberbefehl des Viceadmiral Jachmann zu einem Geschwader zusammenentreten, um im atlantischen Ocean Evolutionen zu machen. Von den in der Ausrüstung begriffenen Schiffen wird wohl nur die Korvette „Elisabeth“ in unseren Hafen zurückkehren, da die anderen Schiffe, als zur Nordsee-Flotten-Station gehörig, nach Wilhelmshaven kommen. Das Linienschiff „Renown“ soll im nächsten Frühjahr in Wilhelmshaven als Artillerieschiff in Dienst gestellt werden.

Coblenz, 4. Dezember. Heute Vormittag versicherte der Ober-Präsident von Pommer-Esche am Schlagschiff.

Stuttgart, 7. Dezember. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde von Probst, Desterlein, Streich, Böllner, Höpf und Genossen eine Resolution eingebracht, wonach die Kammer sich das Recht vorbehält, ihre Zustimmung zu allen Abänderungen der Reichsverfassung zu ertheilen, insofern dieselben nicht mit dem Versailler Vertrage in Einklang stehen.

Ausland.

Wien, 5. Dezember. Alles in Allem hat Graf Andrássy mit seinem Rundschreiben einen glücklichen Wurf gethan. Nicht nur die öffentliche Meinung des In- und Auslands hat sich der Mehrheit nach mit diesem Regierungsprogramm einverstanden erklärt, auch die auswärtigen Regierungen scheinen diese Empfindung zu teilen. Beruhigend kann dieselbe nur dort und nur insofern genannt werden, als es noch immer Regierungen gibt, die an der Stetigkeit der österreichischen Politik — einer Eigenschaft, die ihr auf dem inneren Gebiete so sehr abhanden kam — Antheil nehmen, oder solche, die Ursache haben zu wünschen, daß Österreich nicht auf abenteuerliche Unternehmungen ausgehe. Daß die Letztern fast nur im Südosten des Reiches zu suchen sind, bedarf wohl ebenso wenig einer weiteren Ausführung, als die Thatfrage, daß jene Stelle des Rundschreibens, in welcher Graf Andrássy sich gegen Eroberungsgelüste vertheidigt, an diese Adresse einzig und allein gerichtet war und deshalb auch in Belgrad viel besser verstanden wurde, als anderwärts, wo man geneigt sein möchte, sie ironisch zu belächeln. So erklärt es sich denn auch, wenn momentan die Beziehungen zu Russland einen viel freundlicheren Charakter angenommen haben, als sie jemals besaßen. In dieser Beziehung darf man aber auch nicht vergessen, daß es die Früchte der verlässlichen Politik Deutschland gegenüber, die Früchte von Salzburg sind, die das Wiener Kabinett einheimst. Dem Grafen Andrássy mag es nicht

wenig schmeicheln, wahrzunehmen, wie Herr v. Novitskoff ihm gegenüber pure Freundschaft ist und in dem Hause am Ballplatz wie ein gern gesehener Guest ein- und ausgeht. Noch viel höheren Werth wird er jedoch den Kundgebungen beimeissen dürfen, die ihm aus Deutschland werden. Zwar ist es nicht wahr und nicht gut denkbar, daß das Berliner Kabinett aus Anlaß des Rundschreibens eine diplomatische Note hierher gerichtet habe, — wie sich die „Neue Freie Presse“ melden ließ — und wäre auch nicht gut abzusehen, wie eine an die einzelnen Vertreter im Auslande gerichtete Instruktion von einer auswärtigen Macht zum Gegenstande eines Schriftenwechsels gemacht würde. Allein, wenn auch bezüglich der Form eine falsche Angabe unterlaufen, so liegt doch die Thatache vor, daß die Regierung des deutschen Reiches Mittel und Wege gefunden, um ihrer Bestrebung über den Inhalt des Rundschreibens hier in unzweideutiger Weise Ausdruck zu geben und mit Genugthuung zu konstatiren, daß sie darin einen weiteren Schritt zur Kraftigung des freundlichbarlichkeitsichen Verhältnisses erblickt, welches beide Reiche verbindet. Die Aufnahme, welche die Erklärung hier gefunden, läßt keinen Zweifel darüber auftreten, daß man den hohen Werth derselben freudig zu würdigen wisse. Angesichts solcher Erscheinungen verlieren jene beunruhigenden Gerüchte, die über eine verdächtige Bewegung der südöstlichen Nachbarn Österreichs, der Serben, Rumänen und Montenegriner in Umlauf gesetzt werden, jeden Schein von Berechtigung, zumal ihnen auch alle zuverlässigen Berichte widersprechen. Was speziell Montenegro anbelangt, so hat der eben hier anwesende Senatspräsident aus Cettigne die Gelegenheit wahrgenommen, um den Fürsten Nikola gegen solche Verdächtigungen energisch zu verwahren und dessen loyale Gesinnung zu verschichern.

Die Neuwahlen, welche nach Auflösung des Ende dieses Monats zusammenstehenden Abgeordnetenhauses vorgenommen werden sollen, sollen sich nicht auf die Kronländer erstrecken, in welchen schon gegenwärtig Neuwahlen vorgenommen werden, da sonst in diesen Kronländern in einem halben Jahr drei Mal gewählt werden müßte. Der Deputation dalmatinischer Notabeln, welche die Auflösung d. s. dalmatinischen Landtags zu erwirken suchte, ist von Seite des Ministeriums bedeutet worden, sich noch eine kurze Zeit zu gedulden; es werde binnen Kurzem auch die Auflösung der bisher nicht aufgelösten Landtage erfolgen.

Brüssel, 6. Dezember, Abends. Graf de Theux hat den Parteiblättern der Rechten zufolge dem Könige nunmehr folgende definitive Ministerliste vorgelegt und soll dieselbe auch bereits vom Könige unterzeichnet worden sein: Graf de Theux, Ministerpräsident und Minister ohne Portefeuille, Malou, Finanzminister; Moniteur, Minister für öffentliche Arbeiten; Delcourt, Minister des Innern; Graf d'Aspremont-Lynden, Minister des Außenw.; de Lantsheere, Justizminister und General Guillaume als Kriegsminister.

Paris, 5. Dezember. In der Passage Delorme, welche die Rue de Rivoli mit der Rue St. Honore verbindet, wurde gestern eine eigenthümliche Verhaftung vollzogen. In einem würdigen Orientalen, welcher dort algerische Süßigkeiten verkaufte, hatte die Polizei ein Individuum erfaßt, das sie schon lange vergebens suchte, nämlich den Adjutanten der 11. Legion Louis Chapel, der unter dem Beinamen: „Der schwarze Schakal“ zur Zeit der Kommune allgemein gefürchtet war. Zum allgemeinen Staunen der Vorübergehenden auf den nächsten Posten geführt, erkannte Chapel dort seine Identität und seine Theilnahme an den Gräueltaten des Aufstandes an. Chapel lebte früher in Algerien, wo er sich mit der Dressur von Pferden beschäftigte; dann kam er nach Frankreich zurück und bereiste die Provinz mit dem sogenannten Circus Atlas; nachdem er wegen Betruges eine zweijährige Gefängnisstrafe abgebußt, betrieb er zuletzt in Montmartre einen Handel mit falschen Schmuckstücken.

Prinz Murat ist diesen Morgen von London in Paris angekommen, ebenso Herr Pietri, ehemaliger Sekretär des Kaisers.

Die Versteigerung der Bilder alter Meister aus dem Nachlaß des vor anderthalb Jahren in Paris gestorbenen bekannten deutschen Kunstsammlers Otto Mühlner hat einen Ertrag von 92,679 Francs gebracht.

Man meldet soeben, daß eine Feuersbrunst in den Magasins du Louvre, dem großen Modewarengeschäft, welches dem Louvre gegenüberliegt, ausgebrochen ist.

Paris, 5. Dezember. Ein Auszug nach Berlin hat mich in der Überzeugung bestärkt, daß es lediglich von Herrn Thiers abhängt, die bevorstehende Session zu einer fruchtbaren zu machen. Die Majorität, v. h. die konservativen und liberalen Depu-

tirten aller Nuancen kommen nach Verfaßtes zurück mit dem lebhaften Wunsche, die Regierung des Herrn Thiers zu unterstützen, wenn dieselbe mit Entschiedenheit eine liberal-konservative Politik verfolgt. Die Majorität ist nicht reaktionär, aber durchaus antirevolutionär und sie scheint entschlossen, davon in jeder Weise Zeugnis abzulegen. Diese Stimmung wird dem Präsidenten seit gestern genugsam bekannt sein und das Gerücht, nach welchem Herr Thiers in Folge dieser Wahrnehmung seine bereits fertige Botschaft abändert, hat daher nichts Unwahrscheinliches.

Der Herzog von Aumale und der Prinz von Joinville hatten heute Nachmittag eine längere Besprechung mit Herrn Thiers, der bis jetzt dabei beharrt, daß die Prinzen patriotisch handeln würden, wenn sie vorläufig noch darauf verzichteten, ihre Sitze als Deputierte einzunehmen. Der Herzog von Aumale namentlich soll trotzdem entschlossen sein, von seinem unbestreitbaren Rechte Gebrauch zu machen.

Während die Majorität in nächster Zeit Alles vermeiden wird, um die konstitutionelle Frage anzuregen, darf man annehmen, daß die Linke nicht die gleiche Zurückhaltung beobachten und schon bald einen formellen Antrag auf Auflösung der Versammlung einbringen wird. Ein solcher Antrag wird aber dasselbe Schicksal haben, wie der schon gestern von den Herren Briffon, Peyrat u. s. w. eingebrachte Antrag auf Amnestie. Diese letztere Proposition wird der Versammlung Gelegenheit geben, ihre antirevolutionäre Gesinnung zu bekunden, zugleich wird sie aber auch auf die Frage der Rückkehr nach Paris einen vielleicht entscheidenden Einfluß ausüben. Es dürfte in der That ohne Zweifel sein, daß die Diskussion der Amnestiefrage in Paris nicht stattfinden könnte, ohne eine große Agitation, wenn nicht Schlimmeres hervorzurufen.

Nach den vorliegenden Partei-Journalen und Korrespondenzen ist nicht zu verkennen, daß der Einfluß der Majorität der französischen Nationalversammlung auf die Entschlüsse der Regierung und die Geschichte des Landes in dieser Session ein noch bedeutend erheblicher sein wird, als es in der ersten Session dieser Kammer der Fall gewesen. Bei den vielen wichtigen und bedeutungsvollen Fragen, deren Erörterung in der nächsten Zeit bevorsteht, scheint das Bedürfnis eines möglichst engen Einvernehmen zwischen dem Präsidenten der Republik und der Mehrzahl der Deputirten sich um so fühlbarer zu machen, als noch keine der einzelnen Parteien Gelegenheit gehabt hat, ihre Kräfte zu prüfen und die Chancen des Gelingens ihrer besonderen Pläne und Absichten abzuwägen. Die zögernde Haltung der Prinzen von Orleans wird von einzelnen Blättern mit dem Wunsche des Herrn Thiers in Verbindung gebracht, auch den Schein zu vermeiden, als ob er eine der verschiedenen dynastischen Präsentationen begünstige, deren Hervortreten nur zu leicht zu einer Spaltung jener kompakten Majorität führen könnte. Ein Beharren in dieser Stimmung würde allerdings wesentlich beitragen, dem Lande neue Erschütterungen zu ersparen, welche herbeizuführen einzelnen Parteien.

Die zögernde Haltung der Prinzen von Orleans wird von einzelnen Blättern mit dem Wunsche des Herrn Thiers in Verbindung gebracht, auch den Schein zu vermeiden, als ob er eine der verschiedenen dynastischen Präsentationen begünstige, deren Hervortreten nur zu leicht zu einer Spaltung jener kompakten Majorität führen könnte. Ein Beharren in dieser Stimmung würde allerdings wesentlich beitragen, dem Lande neue Erschütterungen zu ersparen, welche herbeizuführen einzelnen Parteien. Die zögernde Haltung der Prinzen von Orleans wird von einzelnen Blättern mit dem Wunsche des Herrn Thiers in Verbindung gebracht, auch den Schein zu vermeiden, als ob er eine der verschiedenen dynastischen Präsentationen begünstige, deren Hervortreten nur zu leicht zu einer Spaltung jener kompakten Majorität führen könnte. Ein Beharren in dieser Stimmung würde allerdings wesentlich beitragen, dem Lande neue Erschütterungen zu ersparen, welche herbeizuführen einzelnen Parteien. Die zögernde Haltung der Prinzen von Orleans wird von einzelnen Blättern mit dem Wunsche des Herrn Thiers in Verbindung gebracht, auch den Schein zu vermeiden, als ob er eine der verschiedenen dynastischen Präsentationen begünstige, deren Hervortreten nur zu leicht zu einer Spaltung jener kompakten Majorität führen könnte. Ein Beharren in dieser Stimmung würde allerdings wesentlich beitragen, dem Lande neue Erschütterungen zu ersparen, welche herbeizuführen einzelnen Parteien.

Wenn die Regierung und die Rechte so ihrerseits bemüht zu sein scheinen, jede Diskussion tieghender Prinzipienfragen thunlichst zu vermeiden oder zu beschränken, so scheint die Linke dagegen anderer Ansicht zu sein und so bald als möglich die Erörterung aller jener Thematik herbeizuführen zu wollen, welche die Ersteren so viel als möglich ausweiten. Wie uns aus Paris mitgetheilt wird, hat die äußerste Linke bereits einen von den Herren Edgar Quinet, Schöller und Genossen gezeichneten Amnestieantrag zur Vertheilung gelangen lassen. Diese Amnestie soll sich nach dem in den Journals vorliegenden Wortlaut zwar nur auf die seit Jahresfrist verübten politischen Vergehen erstrecken und alle wegen Mord, Diebstahl und Brandstiftung ergangenen Urtheile ausschließen, aber bei dem Bestreben der radikalen Organe, die Brandlegung eines großen Theiles von Pa-

ris lediglich als eine militärische Notwendigkeit, mit hin als einen politischen Akt darzustellen, dürfte die Majorität der Kammer auch diesen Antrag gar nicht, oder nur in sehr beschränktem Umfange acceptiren. Die Präsidenten-Botschaft, welche heute in Versailles zur Verleugnung gelangen soll und über welche der Telegraph uns bis morgen wohl berichtet haben wird, wird, nachdem dieselbe vielsach im Sinne der Majorität amendiert worden, ohne Zweifel einen orientirenden Überblick über die Wünsche der Regierung und der Kammermehrheit, sowie über die von denselben zu erwartende Haltung gestalten.

Versailles, 5. Dezember. Die Botschaft des Herrn Thiers läßt länger auf sich warten, als allgemein angenommen wurde. Herr Thiers hat das selbstständig von ihm abgesetzte Schriftstück erst gestern den Ministern vorgelesen und dann vertraulich den Führern der regierungsfreundlichen Parteien mitgetheilt; hier wie dort wurde manche Einsprache und manches Bedenken laut und der Präsident sah sich zu Korrekturen veranlaßt, in Folge dessen die Botschaft erst am Donnerstag zur öffentlichen Verlesung gelangen wird. Es wird bestätigt, daß dieselbe auf die konstitutionellen Fragen nicht eingehen werde, wie denn Herr Thiers es sorgfältig vermeiden wird, der selbst so vielsach gespaltenen Majorität von vorne herein Anstoß zu geben. Nach mehreren Blättern („Constitutionnel“, „Patrie“ u. s. v.) trüge man sich im Schoße der Majorität mit dem Gedanken, den Antrag zu stellen, daß die Gewalten der Nationalversammlung sowohl als des Präsidenten der Republik bis zum März 1874, d. i. bis zu dem Zeitpunkte der vollständigen Abzahlung der Kriegsschädigung verlängert würden. Der Gedanke findet insofern Anklang, als jener Termin für die Inangriffnahme der großen konstitutionellen Fragen durch die Natur der Sache selbst gegeben scheint.

In der gestrigen Eröffnungssitzung waren die Abgeordneten fast vollständig erschienen; nur nach dem Herzog von Aumale und dem Prinzen Joinville sah man sich vergebens um: dieselben haben sich noch nicht mit dem Präsidenten der Republik auseinandergesetzt, denn sie bekanntlich in einem Privatschreiben versprochen hatten, ihre Plätze nicht eher einzunehmen, als bis die Frage der Regierungsförderung definitiv entschieden wäre. Heute haben die beiden Prinzen eine Audienz bei Herrn Thiers, wo über die Frage weiter verhandelt werden soll. Es heißt hier, die Prinzen würden auf ihr Erscheinen in der Versammlung nur gegen gewisse Kompenstationen, zu Gunsten ihrer Freunde und ihrer Partei, verzichten. Daher die Nachrichten von Veränderungen im Ministerium, namentlich vom Eintritte des Herrn St. Marc Girardin an Stelle des Herrn Jules Simon. Auch nennt man den Herzog von Audiffret Pasquier als Nachfolger des Herrn v. Larcy; doch sind diese Gerüchte wenig glaubwürdig. Eine andere Frage scheint die Prinzen ebenfalls zu beschäftigen, nämlich die Zurücknahme der durch ein Dekret vom Jahre 1852 konfiszirten Orléanschen Güter. Trotz der im Augenblick so geschwächten Finanzkraft des Staates soll Herr Thiers seine Geneigtheit erklärt haben diese Frage untersuchen zu lassen.

Versailles, 7. Dezember. Nachmittags. Nationalversammlung. Grey eröffnet die Sitzung, indem er der Versammlung seinen Dank für die auf ihn gefallene Wahl zum Präsidenten ausspricht. — Thiers verliest alsdann die Botschaft. Dieselbe konstatiert zunächst, daß Frankreich von Tage zu Tage größere Fortschritte in der Reorganisation seiner inneren Verhältnisse, wie in der Festigung friedlicher Beziehungen nach Außen mache. Um diese Fortschritte gebührend zu würdigen, darf man niemals vergessen, in welche Lage die frühere kaiserliche Regierung das Land gebracht habe. Nach einem Aufstand, der seinesgleichen in der Geschichte nicht habe, dürfe man jetzt bereits sagen, daß, wenn man das Vieble gegen das Gute abwäge, das Letztere bereits wieder überwiege. Die Beziehungen zwischen Frankreich und dem übrigen Europa seien durchaus friedlicher und wohlwollender Art. Das Verhältnis mit Preußen sei nunmehr völlig geregelt. Die Steuern geben ohne Schwierigkeiten ein. Die Armee war der erste Trost des Landes inmitten des Unglücks, das über sie gekommen ist. Die Ordnung erscheine gegenwärtig vollständig wieder hergestellt. Die Auflösung der Nationalgarde sei ohne jeglichen Widerstand vor sich gegangen. Was die vollständige Reorganisation des gesamten Staatswesens angehe, so müsse man dieselbe Gott, der Zeit und allen denen anheimgebe, welche weise Einsicht in das Wesen der modernen Gesellschaft besitzen. Die gegenwärtige Situation sei so gut, als man nach einem so unheilvollen Kriege nur erwarten könnte. Die Politik Frankreichs sei die Politik eines stabilen und würdigen Friedens. Wenn gegen alle Wahrscheinlichkeit widrige Ereignisse eintreten sollten, so würden solche gewiß nicht durch Frankreich herbeigeführt werden. Frankreich verlange nur, das wieder zu werden, was zu sein es das Recht habe und wovon alle Mächte das Interesse haben, daß es dies sei. Frankreich werde seinem feierlich gegebenen Worte nicht unterwerden. — Die Botschaft tritt hierauf in die Besprechung der Beziehungen Frankreichs zu den einzelnen Mächten ein.

Die Botschaft Thiers' erwähnt bei Besprechung der Beziehungen zu den auswärtigen Mächten zunächst des Abschlusses der Konvention mit Deutschland, betreffend die Zollfrage in Elsaß-Lothringen.

In Erwartung der endgültigen Befreiung des Vaterlandes habe man einzuweilen die Absonderung der Bevölkerung von den deutschen Soldaten herbeigeführt, indem dieselben fastenirt wurden. Die Bevölkerung möge ihren Groß bejähmen, welcher ihre Leiden nicht abkürzen, wohl aber die Sicherheit Frankreichs gefährden könnte. Man müsse die Überzeugung haben, daß das Leben eines Fremden ebenso geheilig ist, wie das eines Bürgers. Die Botschaft wendet sich hierauf zur Besprechung der Frage der Handelsverträge, durch welche Frankreich viel gelitten habe. Nach Erörterung der diesbezüglichen Unterhandlungen erklärt Thiers, man sei zu dem Entschluß gelangt, den Handelsvertrag mit England im Februar zu schließen und im Verlaufe des nächsten Jahres, während des Vertrags noch in Kraft bleibe, über Abschluß eines neuen Vertrages zu unterhandeln. Die Beziehungen zu Spanien seien fortgefestigt freundschaftliche; mit Italien werden gleichfalls gute Beziehungen aufrechterhalten. Die Unabhängigkeit des heiligen Stuhles solle in strenger Weise aufrechterhalten werden. In Betreff der römischen Frage enthalte sich die Regierung jedes Rathschlages, zumal sie überhaupt Niemandem Rath ertheile und am wenigsten einem Grelse, dem gegenüber sie von ehrenfrohwilliger Sympathie erfüllt sei. Bezüglich Österreichs sei die Regierung von den aufrichtigsten Wünschen für das Wohlergehen dieses Staates begeistert. Mit Russland würden die besten Beziehungen unterhalten; dieselben seien das Resultat der gegenseitigen hohen Würdigung, welche die Interessen beider Länder an den betreffenden Stellen finden. So sei an keiner Stelle irgend welcher Grund zu einer Beunruhigung vorhanden. Handel und Gewerbe dürfen mit vollständigstem Vertrauen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Die Botschaft wendet sich hierauf den inneren Verhältnissen zu und hebt zunächst hervor, wie schwierig es sei, eine gute Administration zu schaffen; in dessen darseite die Regierung bereits heute sagen, daß sie von allen Seiten Kundgebungen der Zufriedenheit erhalten. Die Session der Generalräthe habe bewiesen, daß diese Versammlungen von dem Geist der Bescheidenheit und Weisheit erfüllt seien.

Rom, 6. Dezember, Abends. Deputirtenkammer. Nach kurzer Debatte wurden die definitiven Voranschläge des Budgets pro 1871 für die Ministerien der Finanzen, der auswärtigen Angelegenheiten, des öffentlichen Unterrichts, der Justiz und des Innern angenommen. — Der König hat heute die Kommission des Parlamentes, welche die Adresse auf die Thronrede überreichte, empfangen.

Rom, 7. Dezember. Der König ist gestern nach Florenz abgereist.

London, 5. Dezember. Der neue österreichische Botschafter, Graf Beust, ist von Paris kommend hier eingetroffen und hat bereits im Botschaftshause seinen Wohnsitz aufgeschlagen. Im Laufe des gestrigen Tages machten Graf und Gräfin Apponyi ihrem Abschiedsbesuch bei der Königin in Windsor, wobei der Graf sein Abberufungsschreiben überreichte. Die Scheidenten wurden von der Königin äußerst huldvoll aufgenommen.

Aus Sandringham lauten die Nachrichten über den Prinzen von Wales nach wie vor so günstig, wie sich bei der Heftigkeit der Krankheit nur erwarten läßt. Diese Nacht verließ gleichfalls günstig: „Der Verlauf ist noch immer ein durchaus günstiger.“ Die Königin wird im Laufe der Woche abermals auf einen oder zwei Tage nach Sandringham gehen.

Die letzte Rappost, mit Daten aus der Kapstadt vom 5. November meldet, daß die englische Regierung die Diamantenfelder vermittelst einer Proklamation annulliert hat. Die Felder wurden in drei Gerichtsbezirke eingeteilt und die betreffenden Justizbeamten ernannt. Die Regierung der Freistaaten trug vor der Annexion auf schiedsrichterliche Entscheidung mit dem Kaiser von Deutschland, dem König von Holland oder dem Präsidenten Grant als Unparteiischen an; doch wies Sir Henry Parkyn diesen Vorschlag als zu spät kommend zurück.

London, 7. Dezember. Graf und Gräfin Apponyi haben gestern ihre Reise nach Ungarn über Paris angetreten.

— Wegen Reformierung des Oberhauses fand gestern in Birmingham ein Meeting statt, in welchem Resolutionen dahin gesetzt wurden, daß das Prinzip der Erblichkeit aufgegeben und die gesetzgebende Gewalt nur durch vom Volke erwählte Vertreter ausgeübt werden solle. Auch die Bischöfe als solche dürfen keinen Anteil an der gesetzgebenden Gewalt nehmen.

Hoppehagen, 7. Dezember. Amtlicher Mittheilung zufolge hat das Leichtschiß „Fischerbo“ gestern die Station verlassen.

Provinzielles.

Stettin, 8. Dezember. (Stadttheater.) Vor-

gestern brachte das Stadttheater Wagner's Tambourine mit Herren und Frau Robinson in den Rollen ein Adel kleiner ist als ein Quart, so mühten Wolfram von Eschenbach und Elisabeth als Gäste Wagner's Kompositionswise unterscheidet sich wesentlich von der anderer klassischer Opern-Komponisten dadurch, daß sie nicht nach moderner Art die eingelen Handlungen in den hergebrachten Arien, Cavatinen &c. Styl einkleidet. Das Werk erscheint in ein höheres melodramatisches, im Recitativ-parlando-Styl geschriebenes Tongemälde, dessen Kolorit von einer originellen polyphänischen Modulation gebildet wird. Die Kritik hat Wagner nach dem Erscheinen seiner ersten Werke den Vorwurf gemacht, er sei kein geborener Opernkomponist, weil er nicht stehende Melodien aus dem Aermel schütteln könne, und seine Melodik überhaupt nichts weiter sei, als ein an Stelzen gehendes Recitativ-parlando; er sei ein Kompositeur, d. h. ein Zusammensteller von Noten um etwas Originelles, noch nie Dagewesenes geschaffen. In hohem Grade ist ihm letzteres gelungen. Dem sei nun, wie ihm wolle; jedenfalls steht die Kritik darüber einig, daß seine Kompositionswise einzig und allein darstellt, daß in seiner wirklich symphonischen Werken eigentlich jeder Gedanke komponirt ist, während bei der herkömmlichen Art komponirten mancher Gedanke unter der Figuration zu leiden hat. Die originelle Kompositionswise Wagner's stellt aber auch Anforderungen an die Darstellungsvermögen, denen nur Sänger und Sänger vollständig gerecht werden können, welche höhere Bildung und guter Geschmack zu kommen.

Die gestrige Aufführung war eine der glänztesten der gegenwärtigen Saison. Die Elisabeth von Frau Robinson war eine sehr gediegne Leistung.

In dem neu angestandenen Termine zum Verkauf des alten ritterschaftlichen Bankgebäudes, Louisestr. Nr. 25, hat der Kaufmann Julius Schacht, in Firma Schacht und Kühne, das Grundstück für 23,250 Thlr. überendet.

Das Obertribunal hat das Erkenntnis des hiesigen Appellationsgerichts in der Prozeßsache des Rentiers Siebner wider die Stadt wegen Aufhebung des Vertrages über eine Bauparzelle auf Petrichof, durch welches der Kläger zur Zeit abgewiesen war, bestätigt, indem es nach Lage der Sache die Klage als erfüllt betrachtet, so lange nicht feststeht, daß der Baukonsens dem Kläger definitiv ver sagt ist.

Sonach wird Herr Siebner nun zunächst die nötigen Schritte wegen Erlangung des Konzenses thun müssen, um event. einen neuen Rechtsanspruch wegen Entbindung von dem Vertrage zu begründen.

Greifswald, 6. Dezember. Die vor einiger Zeit durch den Deligierten des Fürst-Bischofs in Breslau, Probst Herzog in Berlin, eingewehte katholische Kirche hierelbst ist nach der Zeichnung eines rheinländischen Architekten durch den Maurermeister Gade und Zimmermeister Anders hierelbst erbaut. Sie reiht sich durch ihren außerordentlich schönen und geschmackvollen Styl würdig den anderen hiesigen Bauten an, so daß man dieselbe tatsächlich eine Zierde unserer Stadt nennen kann. Den Platz zur Kirche hat die Stadt der Gemeinde kostenfrei überwiesen. — Der jüngst erwähnte Schwindler, welcher die falschen Namen Schulze und Meyer führte, ist nunmehr in der Person eines gewissen Michaelis, der früher hier als Jäger diente, in Eggesen bei Ueckermünde zu Hause gehört und bereits vielfach bestraft worden, in Stralsund abgesetzt. — Einem hier längst gefühlten Bedürfnis ist jetzt durch Etablierung einer feinen Fleischwaren-, Wurst- und Wildhandlung abgeholfen. Namentlich in Bezug auf den Preis des Wildes war man bisher vielfach der reinen Willkür Preis gegeben, wogegen man jetzt doch für civil Preise den Bedarf decken kann und wünschen wir dem Unternehmen gute Erfolge.

Stralsund, 7. Dezember. Jetzt ist die Schiffahrt hier wegen des frühen Eintritts des Winters auch geschlossen. Der Hafen und das Binnenwasser ist seit einigen Tagen zugefroren; nur die Breite des Stromes nach Rügen zu ist noch offen. Auch der Dampfer „Herkula“ mußte zum Bedauern der Rügianer seine Fahrten einstellen. Auf den Wunsch vieler Bewohner Rügens sollte er noch bis zum 10. d. fahren; allein die Eisdecke hat dies verhindert. Da nun auch der die Verbindung zwischen hier und Rügen ständig unterhaltende Dampfer „Alte Fähre“ seine Fahrten einstellen muß, so beginnt die Fahrt mit Böten, die wegen der Länge der hierzu nötigen Zeit für die Passagiere bei dem kalten Wetter sehr unangenehm ist, jetzt aber um so mehr Belästigung verurteilt, da der Verkehr wegen des gerade stattfindenden Marktes sich bedeutend gesteigert hat.

Cölnberg, 7. Dezember. Die Volkszählung am 1. d. M. hat einen eigenthümlichen Fall herbeigeführt. Cölnberg zählt zu seinen Bewohnern eine Muhamedanerin. — Unglaublich und doch wahr! Eine junge Dame von 16 Jahren schwört zum großen Propheten und hat sich in die Zählerliste als zum Muhamedanismus gehörig eingetragen! — Mittelst A. K. D. vom 17. November haben Se. Majestät der König Allergnädigst geruht, dem K. Polizei-Kommissarius Ollmann anlässlich seines 60jährigen Dienst-Jubiläums den Kronen-Orden 4. Kl. mit der Zahl 60 zu verleihen.

Theater-Nachrichten.
Stettin, 8. Dezember. (Stadttheater.) Vor-gestern brachte das Stadttheater Wagner's Tambourine mit Herren und Frau Robinson in den Rollen ein Adel kleiner ist als ein Quart, so mühten

